



NEWSLETTER

FÜR DAS MÜNSTERLAND

NEUES AUS DEM LANDTAG VON NINA ANDRIESHEN MDL
MÄRZ 2024 | AUSGABE 19

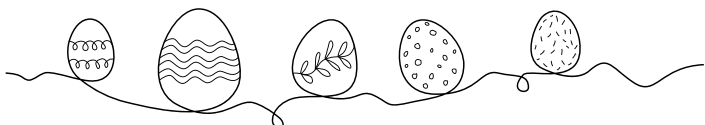


Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

Frühling lässt sein blaues Band wieder flattern
durch die Lüfte...

Neben all der parlamentarischen Hektik blieb
für mich zum Glück auch Zeit, die erste warme
Frühlingssonne zu genießen. Nun freue ich mich
auf die kommenden Feiertage mit meiner
Familie und wünsche auch euch ein paar
erholsame Tage im Kreise eurer Liebsten,
warme Sonnenstrahlen beim Osterfrühstück,
reichlich Ostereier - egal ob gefärbt, aus
Schokolade oder mit reichlich Eierlikör gefüllt -
schöne Osterspaziergänge, aber vor allem all
das, was euch gut tut, um den stressigen Alltag
für ein paar Momente hinter euch zu lassen.
Frohe Ostern wünscht euch

Eure Nina



INHALT

AUS DEM LANDTAG

- Musiknutzung in den Kitas
Seite 02
- Wohin mit dem Atommüll?
Seite 03
- Bankrotterklärung an die OGS
Seite 04

AUS DEM WAHLKREIS

- Frauen in die Politik
Seite 04
- Zu Besuch bei der Büngern-Technik
Seite 05
- Alte Handwerkskunst neu entdeckt
Seite 06
- Einblicke in das Zwischenlager Ahaus
Seite 06

Impressum

Homepage: nina-andrieshen.de
Facebook: [ninaandrieshennrw](https://www.facebook.com/ninaandrieshennrw)
Instagram: [nina_andrieshen](https://www.instagram.com/nina_andrieshen)

Nina Andrieshen MdL | Franzstraße 26
46395 Bocholt | Tel. 02871/2745138



MUSIZIEREN OHNE BÜROKRATISCHE HÜRDEN

ZU UNSEREM ANTRAG "ENTBÜROKRATISIERUNG DER FRÜHKINDLICHEN BILDUNG - LANDESRAHMENVERTRÄGE FÜR MUSIKNUTZUNG IN DER KITA UND OGS ABSCHLIESSEN"

Musik und Gesang haben in der frühkindlichen Bildung eine besondere Bedeutung. Das Musizieren fördert nicht nur die emotionale Ausgeglichenheit der Kinder, sondern auch das Sprachgefühl und die Fähigkeit des Zuhörens. Zusammen Musizieren schafft ein Gemeinschaftsgefühl und nicht zuletzt Lebensfreude. Langfristig trägt Musik zum Bildungserfolg bei. Daher ist es nicht überraschend, dass in Kitas und OGS gerne zusammen gesungen oder Musik gemacht wird.

Beim Erstellen von Kopien und der Nutzung von Musik für besondere Veranstaltungen wie Kinder- oder Adventsfeste gilt jedoch das Urheberrecht. Dieses soll Musikschaffende seit den 30er Jahren für ihre Arbeit entlohnen und ihre Rechte stärken. Es ist wichtig, dass dies auch weiterhin der Fall bleibt. Allerdings ist der damit verbundene Verwaltungsaufwand in der Praxis oft nicht praktikabel. Mitarbeitende, die ohnehin schon



stark belastet sind, haben laut Klaus Bremen, dem Vorsitzenden des Deutschen Kita-Verbands, 'wirklich andere Sachen zu tun, als sich über Gema-Anmeldung und Gebühreuzahlungen Gedanken zu machen'.

Wir stimmen dem zu und fordern daher die Landesregierung auf, einen Rahmenvertrag, der aufwendige Einzelabrechnungen erspart, zwischen dem Land NRW und der VG Musikedition/GEMA, für die Kitas und Offenen Ganztagschulen in NRW abzuschließen. Dieser soll die gebührenfreie Nutzung von Musik bei nicht-kommerziellen Veranstaltungen und das Kopieren von Notentexten beinhalten. Auch wenn andere Bundesländer, wie beispielsweise Bayern, vergleichbare Rahmenverträge abgeschlossen haben, sieht die Landesregierung hier bisher keinen Bedarf und lehnte diesen in 2023 auf Anfrage der GEMA/VG Musikedition ab.

Die Gemeinde Recke aus dem Kreis Steinfurt hat zu diesem Thema einen Antrag der örtlichen SPD-Fraktion einstimmig beschlossen. Die Petition der Gemeinde ging allen Abgeordneten des Landes NRW zu. Wir unterstützen diese Petition mit unserem Antrag und finden: Künstler*innen sollen für ihre Leistung eine angemessene Vergütung erhalten, jedoch darf die musikalische Bildung in frühkindlichen Einrichtungen nicht darunter leiden. Es braucht jetzt Erleichterungen. Leider sehen das die regierungstragenden Fraktionen anders und haben unseren Antrag abgelehnt.





AHAUS ODER JÜLICH - WOHIN MIT DEM ATOMMÜLL?

Im rheinischen Jülich lagert hochradioaktiver Atommüll aus einem ehemaligen Versuchsreaktor in Form von 300.000 Brennelementkugeln in 152 Castor-Transportern. Seit 2014 werden drei Optionen geprüft, wie mit dieser strahlenden Hinterlassenschaft umgegangen werden soll: Verbleib in Jülich, Transport in das Zwischenlager Ahaus oder Rücktransport in die USA. Nur die Option „USA“ ist inzwischen vom Tisch. Und auch wenn die beiden verbleibenden Lagermöglichkeiten weiterhin parallel geprüft werden, zeichnet sich immer deutlicher ab, dass es bald wieder Atomtransporte nach Ahaus geben könnte. So teilte die Jülicher Entsorgungsgesellschaft (JEN) kürzlich mit, dass das Genehmigungsverfahren für die „Option Ahaus“ zu 95 Prozent abgeschlossen sei. Erste Probetransporte mit leeren Castorbehältern fanden bereits statt.

Und auch wenn der Transport nach Ahaus auf den ersten Blick die kostengünstigere Lösung ist, stellt sich die Frage, ob es wirklich die Beste ist.

Was spricht gegen den Verbleib in Jülich? Die Genehmigung für die dortige Lagerung lief bereits 2013 aus. Grund war unter anderem eine vermeintlich mangelnde Erdbebensicherheit. Ein Genehmigungsverfahren für ein neues Zwischenlager wird angestrebt, gestaltet sich aber schon bei der Standortsuche äußerst schwierig. Zudem muss die IT-Sicherheit des noch bestehenden Lagers verbessert werden. Immerhin konnten die Bedenken hinsichtlich der Erdbebensicherheit mittlerweile ausgeräumt werden. Der Neubau eines Zwischenlagers würde rund 450 Millionen Euro kosten - eine stattliche Summe im Vergleich zu den geschätzten 100 Millionen Euro für den Transport nach Ahaus. Damit scheint eigentlich alles klar. Doch bei genauerer Betrachtung kommen Zweifel auf. Denn 152 Castor-Behälter lassen sich nicht „mal eben“ transportieren. Ca. 2 Jahre lang fänden wöchentliche Transporte quer durch NRW und das dichtbesiedelte Ruhrgebiet statt. Die 130 Tonnen schweren Transporter passieren dabei aller Voraussicht nach den Düsseldorfer Flughafentunnel, die Großbaustelle am Kreuz Kaiserberg und die marode Berliner Brücke in Duisburg. Dies stellt eine weitere Belastung für die stark strapazierte Straßen- und Brückeninfrastruktur dar. Die Transporte müssen

aufwendig durch die Polizei gesichert werden. Minister Reul spricht hier von „kräfteintensiven Einsatzmaßnahmen“. Die Gesamtkosten für die Polizeieinsätze werden grundsätzlich nicht erhoben und fließen somit nicht in die Kostenkalkulation ein. Ebenfalls nicht mit einkalkuliert ist die Belastung für die Polizeikräfte, die ohnehin schon am Limit arbeiten und nun auch regelmäßig nächtliche Transporte absichern müssen. Und auch beim Zwischenlager in Ahaus gilt es, einiges zu berücksichtigen: Das Zwischenlager verliert 2036 seine Betriebsgenehmigung und muss ein komplett neues Genehmigungsverfahren durchlaufen. Im worst case steht in 10 Jahren ein erneuter Umzug des Atommülls an. Außerdem schließt der Ansiedlungsvertrag mit der Stadt den Bau einer „Heißen Zelle“ ausdrücklich aus. Diese wird zur Reparatur defekter Castoren benötigt. Die Behälter sind nur für 40 Jahre ausgelegt und einige enthalten zerbrochene Kugeln. Spätestens vor einer möglichen Endlagerung muss der Atommüll noch einmal untersucht und umgepackt werden. Die Stadt Ahaus klagt gerichtlich gegen die geplante Einlagerung.

Und was sagt die Landesregierung dazu? Im Koalitionsvertrag positionieren sich CDU und Grüne folgendermaßen: „Wir setzen uns für eine Minimierung von Atomtransporten ein. Das gilt auch für Transporte aus anderen Bundesländern. Im Fall der in Jülich lagernden Brennelemente bedeutet dies, dass wir die Option eines Neubaus eines Zwischenlagers in Jülich vorantreiben.“ Doch leider lässt sie ihren Worten keine Taten folgen. Lediglich ein Grundstück hat die Landesregierung der JEN zum Kauf angeboten. Interessanterweise sind neben dem Bund aus NRW die Finanz- und Wirtschaftsministerien im Aufsichtsrat der JEN vertreten. Hier scheint aber keinerlei Gebrauch von der Möglichkeit der Weisungsbefugnis zur Beschleunigung der Jülich-Option gemacht zu werden. Eine Übernahme der Kosten für einen Neubau in Jülich knüpft die Landesregierung laut Antwort auf meine Kleine Anfrage an die „jeweils aktuellen haushalterischen Gegebenheiten“. Das lässt wenig Bereitschaft erahnen.

Und somit räumt Schwarz-Grün unterm Strich still und leise ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag ab.

OFFENE GANZTAGSSCHULEN - EINE BANKROTTERKLÄRUNG DER LANDESREGIERUNG

Der Rechtsanspruch für Grundschul Kinder auf einen Platz in der Offenen Ganztagschule (OGS) soll ab 2026 kommen. Doch schon jetzt fehlen zehntausende Plätze. Dies stellt nicht nur die Eltern, sondern auch die Kommunen vor große Herausforderungen. Denn bisher war völlig unklar, wie denn eigentlich der räumliche Ausbau vorangehen soll und welche Qualitätsstandards bei der Betreuung der Kinder gelten. Zu Recht übten wir als Landtagsfraktion gemeinsam mit den Kommunen Druck auf die Landesregierung aus, denn in zwei Jahren gilt der Rechtsanspruch – doch niemand weiß, wie er umgesetzt werden soll. Noch im Dezember 2023 kündigte die Landesregierung ein sogenanntes Landesausführungsgesetz an, welches die offenen Fragen der konkreten Ausgestaltung verbindlich regelt. Der Referentenentwurf sollte im Januar 2024 vorliegen. Doch darauf warteten wir vergeblich. Was uns nun im März vorgelegt wurde gleicht einer Bankrotterklärung der Landesregierung an den Offenen Ganztags. Statt eines Gesetzes liegen nun "Fachliche Grundlagen" vor,

der bereits bestehende Grundlagenerlass soll nur noch weiterentwickelt werden. Was heißt das im Klartext? Mit einem Gesetz hätte die Landesregierung sich verpflichtet, finanziell für den Ausbau und die Anhebung der Qualitätsstandards einzustehen, ganz nach dem Motto: Wer die Musik bestellt, zahlt sie auch. Doch genau hier zieht sie sich aus der Verantwortung und beschränkt sich auf den Status Quo. Also wird es auch weiterhin keine Vorgaben hinsichtlich verbesserter Rahmenbedingungen bei den Räumen, Personalschlüsseln, Gruppengrößen, fachlicher Qualifizierung der Mitarbeitenden und Ernährungsstandards geben. Dafür aber steigende finanzielle Belastungen für die Kommunen – wenn sie denn überhaupt in der Lage sind, diese zu bewältigen. Und so hängt die Qualität der Ganztagschulen weiterhin von den Möglichkeiten der einzelnen Kommunen ab. Keine guten Nachrichten für Eltern, Kommunen und ganz besonders die Kinder.

Chancengleichheit in der Bildung ist und bleibt mit dieser Landesregierung anscheinend immer noch eine Frage der Postleitzahl.

NEUES AUS DEM WAHLKREIS

FRAUEN IN DIE POLITIK - UND WENN JA, WIE VIELE?

Ist ein Paritätsgesetz längst überfällig? Darüber haben wir Frauen aus den verschiedensten politischen Parteien und Ebenen am internationalen Frauentag diskutiert.

Denn während die Frauen 51 Prozent der Bevölkerung ausmachen, sind sie in den Parlamenten im Schnitt nur zu 30 Prozent vertreten. Dabei bringen wir Frauen oft noch einen ganz anderen Blick in politische Debatten mit ein. Nicht nur, aber gerade in Bezug auf frauenpolitische Themen, wie z.B. Gewalt gegen Frauen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Entgeltgleichheit, Pflege usw.. Aber nicht nur das, häufig beobachte ich auch einen anderen Politik- und Debattenstil, der überhaupt nicht von Nachteil, sondern ganz im Gegenteil, sehr bereichernd ist. Aber wie schaffen wir es, dass Frauen mehr gefördert werden und in Parlamenten vertreten sind? Ein Paritätsgesetz, dass z.B. die Parteien verpflichtet, ihre Wahllisten paritätisch, d.h. gleichmäßig und abwechselnd mit Männern und Frauen zu besetzen, könnte da Abhilfe schaffen. So machen es schon SPD, Grüne und Linke – aber leider noch nicht alle Parteien. Und klar ist: wir



Frauen sind nicht weniger fähig Mandate zu übernehmen oder Spitzenämter zu bekleiden – es sind strukturelle Probleme, die uns daran hindern. Ein Paritätsgesetz würde die Parteien endlich in die Pflicht nehmen, genau dieses Problem anzugehen. Das hat Prof. Dr. Silke Laskowski in ihrem Impulsvortrag noch einmal sehr eindrücklich gezeigt.

Vielen Dank an das Frauennetzwerk Bocholt und die Gleichstellungsbeauftragten der Städte Bocholt und Borken für diesen gelungenen Abend und die spannende Diskussion zu diesem wichtigen Thema.



ZU BESUCH BEI DER BÜNGERN-TECHNIK

Mein erster Wahlkreistermin in diesem Monat führte mich zusammen mit der Bundstagsabgeordneten Nadine Heselhaus zum Austausch in großer Runde mit Vertreter*innen der Büngern-Technik.

Bereits 1969 als anerkannte Werkstatt für Menschen mit Behinderung gegründet, sind heute unter der Trägerschaft des Caritasverbandes Bocholt e.V. mehr als 800 Menschen an vier verschiedenen Standorten beschäftigt. Bei der Gründung waren es gerade einmal 19 Beschäftigte. Büngern Technik hat es sich zur Aufgabe gemacht, die individuellen Möglichkeiten jedes Einzelnen zu entwickeln, wiederherzustellen oder zu erhalten. Das geht natürlich nur mit viel Engagement und gut ausgebildeten Fachkräften. Unser Gespräch führte uns direkt zum Standort Büngern, wo heute Verstellbeschläge für die Möbelindustrie hergestellt werden. Besonders interessant ist übrigens die Ausstellung „Kunst kennt keine Behinderung“.

Ein wichtiges Thema, das wir aus erster Hand erfahren durften, war die „Werkstatt im Wandel“ mit ihren vier Handlungsfeldern: Zugang zur Werkstatt, Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt, Entgelt und Teilhabe von Menschen mit schwersten Behinderungen. Eine faire und gerechte Entlohnung ist der einhellige Wunsch. „Im Moment steht die Entlohnung nicht im Fokus. Das ist eine Schande und stößt auch bei den Beschäftigten auf Unverständnis“, so Werkstattleiter Hans-Georg Hustede.

Besonders nachdenklich hat mich auch der gemeinsame Tenor der Runde aus Beschäftigten, Schwerbehindertenvertretung, Werkstatttrat und Werkleitung zur Entwicklung rechter Kräfte und Strömungen in unserem Land gemacht. Mit Angst und großer Sorge beobachten hier alle das Erstarken der AFD und demokratiefeindliche Äußerungen im Internet und in der realen Welt. So erzählten sie uns, dass auch sie bei den Demonstrationen gegen Rechts auf der Straße waren. Büngern Technik hat sich deshalb der Initiative „Menschenrechte - Unantastbar“ verschrieben und möchte dies auch in Zukunft mit selbstgemachten Schildern untermauern. Ein tolles Projekt, wie ich finde!

Ich möchte mich für den herzlichen Empfang und den intensiven Austausch bedanken. Danke auch für die wichtige Arbeit, die vor Ort geleistet wird und die noch viel mehr in die Mitte unserer Gesellschaft gerückt werden muss. Und ein besonderes Dankeschön für den Einsatz für andere, aber auch - und im Besonderen - für das vehemente Eintreten für die eigenen Rechte und Ideale.



ALTE HANDWERKSKUNST NEU ENTDECKT

Wart ihr schon einmal im Bocholter-Handwerksmuseum? Hier gibt es tatsächlich 600 Jahre Handwerksgeschichte zum Anfassen und Mitmachen.



Mit Florian Sauret und Sabine Hormann durfte ich einen Blick hinter die historischen Kulissen werfen. Dabei haben sie sich nicht nur viel Zeit für einen interessanten Austausch genommen, sondern auch extra für mich eine beeindruckende Führung durch die verschiedenen Gebäude gemacht. Eines wird dabei auf jeden Fall deutlich: Das Museum mitten im Bocholter Stadtteil Fildeken ist wirklich ein interaktiver Ort für Groß und Klein. Und es platzt fast aus allen Nähten, so dass hier wirklich ständig gebaut und gewerkelt wird. Es sind Menschen wie Daniel Fahrland, der hier fast täglich unentgeltlich und ehrenamtlich arbeitet, die zeigen, mit wie viel Herzblut dieser Ort betrieben wird. Als Bocholterin bin ich auf jeden Fall ein großer Fan und selbst immer mal wieder - auch mit meiner Familie - vor Ort. Bei meinem Besuch letzte Woche hat es mir wieder einmal die Spekulationsmaschine mit den historischen Formen angetan. Wer weiß, was ihr bei eurem nächsten Besuch entdeckt?

Infobox:

Die Öffnungszeiten und mehr Informationen findet ihr auf der [Homepage des Museums](#).

EINBLICKE IN DAS ZWISCHENLAGER IN AHAUS

Spektakulär unspektakulär: das beschreibt die Gebäude des Zwischenlagers Ahaus am besten. Die Außenanlage sieht aus wie viele andere Lagerhäuser in Gewerbegebieten. Die Besonderheit hier: Es wird radioaktives Material zwischengelagert. In letzter Zeit ist das Zwischenlager wieder häufiger in den Medien aufgetaucht. Immer dann, wenn es um die geplanten Castortransporte der Brennelemente ging, die vielleicht von Jülich nach Ahaus verlagert werden sollen. In den letzten Monaten habe ich mich viel mit dem Thema Castorbehälter, Lagerung und Transport beschäftigt und nun konnte ich diesen Monat auch einen Blick hinter die Kulissen werfen. Zusammen mit meinen Bundestagskolleginnen Nadine Heselhaus und Sarah Lahrkamp, der Ahauser Bürgermeisterin und dem ersten Beigeordneten hat uns das Team der Betreibergesellschaft BGZ um den technischen Leiter Herrn Graf die Anlage gezeigt.



Dabei ging es nicht nur um das Thema Sicherheit, sondern auch um die eigentliche Technik, die in einem Castorbehälter steckt. Wie geht es mit dem Zwischenlager weiter? Der Zeitplan für das Endlager geht mittlerweile von einer ersten Einlagerung in den 2080er Jahren aus. Darum bereitet man sich schon jetzt in Ahaus darauf vor, dass der Standort noch länger Bestand haben wird. Die Anforderungen werden regelmäßig angepasst, und Sicherheitsvorkehrungen auf dem neusten Stand gehalten. Ob etwas eingelagert wird, ist übrigens keine Entscheidung, die das BGZ trifft. Sie kommt nur ihrer Verantwortung nach. Ob etwas nach Ahaus kommt, ist immer eine politische Entscheidung. Ich nehme auf jeden Fall viele wichtige Erkenntnisse mit nach Düsseldorf - die Landesregierung darf sich als zuständige Aufsichtsbehörde hier keinen schlanken Fuß machen!